Am 09.10.2003 verkündete die Mitteldeutsche Verkehrsverbund GmbH, dass die Erweiterung des Mitteldeutschen Verkehrsverbundes (MDV) „unter Dach und Fach“ sei!
Heute mehr als ein halbes Jahr später stehen die dazu erforderlichen Gremienbeschlüsse jedoch noch aus.
Ohne diese Beschlüsse ist eine Erweiterung des MDV jedoch nicht möglich!

1. **Welchen Stand haben die für die Erweiterung des MDV erforderlichen Gremienbeschlüsse in den Kreistagen Merseburg-Querfurt, Saalkreis und dem Stadtrat Halle (Saale)?**

2. **Welchen Stand haben die für die Erweiterung des MDV erforderlichen Gremienbeschlüsse in den Verkehrsunternehmen PNVG, OBS und HAVAG?**

**Antwort der Verwaltung:**

Der Vertreter der Stadt Halle (Saale) hat in den Sitzungen des Aufsichtsrates und der Gesellschafterversammlung am 24.02.2004 in Leipzig nach Abstimmung mit der Oberbürgermeisterin und nach Abwägung der Vor- und Nachteile für die Stadt Halle der Änderung des Gesellschaftsvertrages der Mitteldeutschen Verkehrsverbund GmbH im Zuge der Verbunderweiterung zum 01.08.2004 zugestimmt, und zwar vorbehaltlich der ggf. erforderlichen Gremienbeschlüsse in der Stadt Halle.
Unterschiedliche Auffassungen bestehen bei den Alt-Gesellschaftern darüber, ob die vorgesehene Änderung des Gesellschaftsvertrages als so wesentlich erachtet wird, dass ein formaler Gremienbeschluss bei den Aufgabenträger-Gesellschaftern zwingend notwendig ist. Die Stadt Leipzig und der Landkreis Merseburg-Querfurt sind beispielsweise der Auffassung, dass eine Beschlussfassung der kommunalen Gremien nicht erforderlich ist, da sich zwar der relative Anteil an der Stammeinlage der alten Aufgabenträger-Gesellschafter ändert, nicht aber der absolute Anteil in Form der Stammeinlage und auch keine finanziellen Auswirkungen für die Alt-Gesellschafter durch die Verbunderweiterung erwachsen (d. h. keine Zunahme der Betriebskostenzuschüsse). Die Stadt Leipzig und der Landkreis Merseburg-Querfurt werden daher ihre kommunalen Gremien nur über eine entsprechende Informationsvorlage in Kenntnis setzen.
Der Saalkreis wird dagegen im Mai einen entsprechenden Kreistagsbeschluss fassen. Die Verwaltung der Stadt Halle hat sich darauf verständigt, ebenfalls eine Beschlussfassung im Stadtrat herbeizuführen.
Da der Zeitraum für ein ordentliches Beschlussfassungsverfahren zwischen April (Zugang der Protokolle zu den Sitzungen des Aufsichtsrates und der Gesellschafterversammlung vom 24.02.2004 mit der Liste der Gesellschafter und deren Stammeinlagen) und der letzten Sitzung des Stadtrates im Mai nicht ausreichend war, werden die kommunalen Gremien der Stadt Halle mit einer entsprechenden Vorlage im September/Oktober befasst werden.
Dies hat auch den Vorteil, dass dann der neu gewählte Stadtrat in die Entscheidung einbezogen werden kann.
Nach jetzigem Kenntnisstand wird die Hallesche Verkehrs AG keinen Gremienbeschluss zur Verbunderweiterung herbeiführen. Sie hat aber in ihrem Aufsichtsrats-Gremium umfassend hierzu informiert. Die Verkehrsunternehmen PNVG (Merseburg-Querfurt) und OBS (Saalkreis) verfügen nicht über eigene beschlussfassende Gremien.

gez. Eberhard Doege

Beigeordneter

**Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.**